

Bezugsbedingungen und Anzeigenspreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Donnerstag
2. April 1925

Verlag und Anzeigensstelle
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2501

Keine Ermäßigung der Lohnsteuer.

Der Rechtsblock nimmt sich Zeit. — Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags.

Im Steuerausschuß des Reichstages kam heute der sozialdemokratische Antrag, der die Heraushebung des steuerfreien Einkommensanteils von 15 auf 24 M. wöchentlich und von 60 auf 100 M. monatlich fordert zur Beratung. Von unseren Abgeordneten Meyer, Baden und Reil wurde zur Begründung des Antrags auf das fortgesetzte Steigen des prozentualen Anteils des Lohnsteuerertrags am Gesamtaufkommen der Einkommen- und der Reichsteuern überhaupt hingewiesen. Mit jeder Lohnerhöhung, auch wenn sie hinter der Preissteigerung zurückbleibe, sei eine progressiv wachsende Zunahme der Steuerlast verbunden. Sehr trete eine Erhöhung der Mieten um 10 Proz. in Kraft. Die notwendig daraus folgende Lohn- und Gehaltserhöhung werde sofort wieder zu einem erheblichen Prozentsatz von der Lohnsteuer erfasst. Die Mehrbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber der Vorkriegsbelastung sei so ungeheuerlich, daß sie kein anderer Berufsstand bisher ertragen haben würde. Darum könne mit der Ermäßigung nicht gewartet werden bis zur Erledigung der gesamten Steuerreform, die noch verschiedene Monate in Anspruch nehme, sondern es müsse vorweg eine Milderung eintreten, die auch in Hinsicht auf den günstigen Stand der Steuereinnahmen möglich sei.

Namens der Regierung erhob Staatssekretär Popitz Einspruch gegen die Vorwegbehandlung des Antrags. Man müsse mindestens erst einen Ueberblick über die ganzen Steuerentwürfe haben, ehe man solche einschneidenden Beschlüsse fassen könne. Der Reichsrat werde vielleicht noch vor Ostern spätestens unmittelbar nach Ostern, mit der Beratung der Steuer- und der Aufwertungsorgane zum Abschluß kommen, so daß die Entwürfe dem Reichstage beim Wiederversammentritt vorliegen würden. Dann könne man sich über-

legen, ob einzelne Gebiete herausgegriffen und vorweg erledigt werden sollen.

Die Redner der Deutschnationalen und des Zentrums erklärten, daß sie mit der Tendenz des sozialdemokratischen Antrages einverstanden seien, aber aus den von der Regierung angeführten Gründen heute die Erledigung ablehnen müßten.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) erkannte die Dringlichkeit der Milderung der Lohnsteuer an, wünschte aber, daß neben ihr auch die Umsatzsteuer und das Steuerüberleitungs-gesetz aus dem Rahmen des gesamten Steuerprogramms herausgegriffen und vorweg erledigt werden.

Bei der Abstimmung wurde ein Zentrumsantrag, die Erledigung des sozialdemokratischen Antrags zu vertagen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Hierauf gelangte die folgende Resolution Dr. Fischers gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei zur Annahme:

„Der Ausschuss richtet an die Regierung das Ersuchen, die Vorbereitungen dafür zu treffen, daß dringliche Materien, insbesondere die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Steuerüberleitung vor Erledigung der gesamten Steuerreform in Form eines Reigesezes geregelt werden.“

Der Versuch des Abg. Dr. Hergt (Dnat.), die besondere Betonung der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer und der Steuerüberleitung aus dem Antrag zu streichen, schlug fehl. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten der Resolution zu, nachdem die Vertagung ihres Antrages gegen ihren Willen beschlossen worden war.

Sparen auf Arbeiterkosten.

Eisenbahnerlöhne und Eisenbahntarife.

Bevor der Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl einsetzte, beschäftigte die große Bewegung der Eisenbahner um eine Verbesserung ihrer Löhne und eine Herabsetzung ihrer mörderischen Dienstschichten die gesamte Öffentlichkeit. Der Abschluß der Bewegung fiel zusammen mit dem Anfang des Wahlkampfes, aber nun müssen wir die Atempause bis zum zweiten Wahlgange benutzen, um das Augenmerk der Öffentlichkeit noch einmal auf die Bewegung der Eisenbahner und das Gebahren der Reichsbahngesellschaft zu lenken.

Während jener Lohnbewegung hat die Reichsbahngesellschaft beständig gedroht, daß jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Reichsbahnarbeiter, auch die geringste, sie zu einer Erhöhung der Personentarife zwingen würde. Noch im letzten Augenblick, während schon die Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedspruches in Erwägung gezogen wurde, beteuerte sie, sie könne die Lohn-erhöhung erst dann zahlen, wenn die Reichsregierung eine entsprechende Tarifierhöhung genehmigt habe.

Seitdem war von einer allgemeinen Tarifierhöhung nichts mehr zu hören, woraus sich ergibt, daß die Drohung mit einer solchen nur ein Mittel war, die Öffentlichkeit und vor allem die Schlichtungsbehörden irre zu machen. Aber es besteht doch bei der Reichsbahngesellschaft die Absicht, die Tarife für Zeitkarten zu erhöhen, und auch diese Maßnahme wird mit der Lohnerhöhung von 3 Pf. für die Stunde, die den Eisenbahnern durch Schiedspruch zugestanden wurde, begründet.

Wir haben zwar Ursache, die Ehrlichkeit dieser Begründung der geplanten Tarifierhöhung zu bezweifeln, denn eine Erhöhung der Tarife im Vorortverkehr und für Zeitkarten wurde von der Reichsbahngesellschaft schon vor längerer Zeit erwogen. Aber die Reichsbahngesellschaft hat dadurch, daß sie eine Lohnerhöhung als Grund für eine Erhöhung der Tarife angab, selbst die Frage zur Diskussion gestellt, ob denn die Reichsbahn die sehr mühsame Lohnbewegung wirklich auf keine andere Art als mit Hilfe einer Abwälzung auf die Konsumentenschaft finanzieren kann?

Als das Unternehmertum zu Anfang des vorigen Jahres in fast allen Produktionszweigen den Achtfünftentag beseitigte und die Arbeitszeit verlängerte, suchte es die Öffentlichkeit für seine Pläne zu gewinnen, indem es verkündete, die Verlängerung der Arbeitszeit würde eine erhebliche Steigerung der Leistungen und damit eine wesentliche Senkung aller Preise zum Nutzen der konsumierenden Allgemeinheit zur Folge haben. Diese trostreiche Voraussage der Unternehmer ist nicht eingetroffen, denn das Jahr 1924 war trotz verlängerter Arbeitszeit ein Jahr steigender Preise.

Ist schon hier die Frage berechtigt, wo die insofern der Verlängerung der Arbeitszeit von der Industrie erzielten Mehreinnahmen oder Ersparnisse an Unkosten geblieben sind, so kann diese Frage an die Reichsbahngesellschaft mit besonderer Betonung gerichtet werden.

Auch die Reichsbahn hat die Arbeitszeit auf neun Stunden bei durchgehendem Dienst erhöht, und dort, wo Pausen und Dienstbereitschaften in der Dienstschicht liegen, die Möglichkeit zur Verlängerung der Dienstschichten bis zu 16 Stunden geschaffen. Sie hat außerdem während des großen Personalabtaues im Winter 1923/24, zu einer Zeit also, wo sie noch ein echter Reichsbetrieb war, mehr als 20 Proz. ihres gesamten Personals entlassen.

Die Eisenbahnergewerkschaften vermochten sodann während des Jahres 1924 in drei Lohnbewegungen Erhöhungen der Löhne — als Ausgleich für die steigenden Lebenshaltungskosten — durchzusetzen. Dennoch war es der Reichsbahn möglich, vom 18. September 1924 ab die Gütertarife um 10 Proz. zu ermäßigen, um jene von den Unternehmern verkündete Preisabkavation zu unterfüttern. Sie opferte damit einen Betrag von 300 Millionen Mark im Jahre, aber ohne den gewünschten Erfolg, denn die Unternehmer liehen diese Frachtermäßigung in ihren Taschen verschwinden, forderten sogar weitere Tarifierabsetzungen, aber die Preise stiegen weiter. Von den erwähnten Lohnbewegungen traten zwei vor der Ermäßigung der Gütertarife, nämlich am 30. März und am 1. Juni in Kraft. Sie hinderten nicht die Ausschüttung jener Liebesgabe in Höhe von 300 Millionen Mark an die Unternehmer, und auch die dritte Lohnbewegung, die am 16. November in Kraft trat, wurde nicht zum Anlaß genommen, um die für die konsumierende Allgemeinheit völlig nutzlose Tarifiermäßigung rückgängig zu machen.

Dagegen setzte die Reichsbahngesellschaft, die während dessen ins Leben getreten war, die mit dem Personalabbau und der Arbeitszeitverlängerung begonnene „Reorganisation“ ihres Betriebes fort. Sie erzielte, wie sie aller Welt verkündet, in ihren Werkstätten mit Hilfe eines auf wissenschaftlicher Betriebsführung beruhenden rationierten Akkordsystems Höchstleistungen, deren Folge eine teilweise oder völlige Stilllegung verschiedener Werkstätten und zahlreiche Entlassungen im gesamten Werkstättendienst war. Die Reichsbahngesellschaft hat ferner insofern der Einführung der Kunze-Knorrbremse bereits jetzt, obwohl der Einbau der neuen Bremsvorrichtung noch nicht durchgehend erfolgt ist, an Personal rund 10 000 Köpfe gespart, und sie beschäftigt sich gegenwärtig mit der Einführung anderer technischer Neuerungen, die weiteres Personal überflüssig machen. Die Reichs-

Die preussischen Notverordnungen.

Vertagung der Sitzung auf 3 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung des Preussischen Landtages kurz nach 12 Uhr teilte Präsident Bartels den Beschluß des Vizepräsidenten mit, die Plenarsitzung auf 3 Uhr zu vertagen, da der Finanzminister Dr. Höpker-Aschhoff sonst nicht an der Beratung der Notverordnungen teilnehmen könne. Das Haus tritt dem Vorschlag des Vizepräsidenten bei. An der um 3 Uhr beginnenden Plenarsitzung wird auch Dr. Marx teilnehmen und sich zur verfassungsrechtlichen Frage der Notverordnungen äußern. Am Freitag soll das Plenum um 12 Uhr beginnen und für den Fall, daß Dr. Höpker-Aschhoff die auf ihn gefallene Wahl zum Ministerpräsidenten ablehnt, soll als erster Punkt auf die Tagesordnung des Freitags die Ministerpräsidentenwahl gesetzt werden.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Ab 1. April vertragloser Zustand.

Warschau, 2. April. (W.B.) Die Polnische Telegraphenagentur verbreitet folgende amtliche Mitteilung über die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen: Karlowitz, Delegierter der Regierung bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, ist am 31. März nach Berlin zurückgekehrt. Die Abwesenheit Karlowitz hat auf den Gang der Arbeit, die in den Kommissionen weiter-schreitet, keinen Einfluß gehabt. Die Frage einer Verlängerung des deutsch-polnischen Modus vivendi, der in Berlin am 13. Januar d. J. abgeschlossen worden ist, über den 1. April hinaus, steht gegenwärtig nicht zur Erörterung. Deshalb beginnt mit diesem Tage in den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Polen und Deutschland der vertraglose Zustand. Dessen ungeachtet werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Volkspartei reagiert.

Gegen Sabotage des deutsch-spanischen Handelsvertrages.

Die widerliche Demagogie der Deutschnationalen, die ihnen sehr auch auf dem Gebiete der Handelspolitik Blamage auf Blamage einträgt, wird nun allmählich auch den Herren von der Schwerindustrie zu viel. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Duisberg, hat gestern in einer Rede davon gesprochen, die Regierung solle ihre Vertreter von allen Handelsvertragsverhandlungen zurückziehen, wenn die wichtigen Vereinbarungen durch die Deutschnationalen sabotiert werden. Die Industrie werde sich nach der Haltung der Deutschnationalen überlegen müssen, ob sie noch weiter ihre Interessen mit denen der Landwirtschaft verbinden könne.

Das ist eine prompte und deutliche Antwort auf die Quertreibereien der Deutschnationalen, die gestern im zuständigen Reichstagsausschuß gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag gestimmt haben. Daß übrigens Geheimrat Duisberg mit seiner Auffassung keineswegs allein steht, beweist das folgende Telegramm, das die Handelskammer Düsseldorf an die zuständigen Berliner Stellen und an die Reichstagsabgeordneten gerichtet hat, um sie dazu zu bewegen, den Handelsvertrag doch noch durchzuführen.

„Die Annahme des deutsch-spanischen Abkommens im Reichstoge ist unbedingt notwendig, anderenfalls sind Einschränkungen der Produktion und Arbeiterentlassungen unvermeidlich, eines der wichtigsten uns gebührenden Abgabengebiete für immer verloren und die deutschen Kaufleute in Spanien ihrer Existenz beraubt. Eine Ablehnung würde die fremde Konkurrenz in Spanien unterstützen und außerdem allgemein auf die Handelsvertragsverhandlungen einwirken.“

Abrüstungsdebatte im Oberhaus.

Lord Salisbury über die Kontrollkommission.

Im Oberhaus fand gestern eine längere Debatte über die Kontrollkommission und die Räumungsfrage statt, die durch eine Anfrage des früheren Völkerbundministers in der Arbeiterregierung, Lord Parmoor, hervorgerufen wurde. Parmoor hatte nämlich wissen wollen, ob nicht endlich die Zeit gekommen wäre, die Militärkontrolle, wie im Versailler Vertrag vorgesehen, dem Völkerbundsrat zu übertragen, der alle Vorbedingungen hierzu bereits geschaffen hätte. Um einige Grade energischer wurde der darauffolgende Redner Lord Newton, der mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertrat, daß Deutschland im wesentlichen die Abrüstungsbedingungen längst erfüllt hätte, und daß daher die kostspielige Kontrollkommission ebenso zu verschwinden, wie die für die moralische Abrüstung gefährliche Besetzung deutschen Bodens aufzuheben hätte. Newton meinte zwar, Deutschland hätte die Abschaffung der Kommission längst erreichen können, wenn es sich anders verhalten hätte. Er erklärte aber dieses Verhalten für menschlich verständlich und wandte sich schließlich gegen die französische Sicherheitstheze.

In seiner Antwort stellte sich Lord Salisbury im Namen der Regierung auf den Standpunkt, daß Deutschland gewisse Abrüstungsbedingungen nicht erfüllt hätte, zu deren Einhaltung es nach dem Versailler Vertrag verpflichtet gewesen sei. Er gab zu, daß Deutschland mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte, und daß der ganze durch den Vertrag geschaffene Apparat unbefriedigend sei, aber seine Antwort ließ nicht die Absicht der englischen Regierung erkennen, die Militärkommission im Sinne der Vorredner abzuschaffen.

Sozialversicherung in der Schweiz.

Annahme im Nationalrat.

Zürich, 2. April. (W.B.) Der Nationalrat hat gestern abend nach dreitägiger Diskussion mit 85, meist sozialdemokratischen, gegen 28 Stimmen des Bundesrats über die Einführung der Sozialversicherung angenommen. Die meisten bürgerlichen Abgeordneten der französischen Schweiz enthielten sich der Stimmabgabe. Nach diesem Beschluß erhält die Bundesverfassung einen Zusatz, der den Bund ermächtigt, auf dem Wege der Gesetzgebung die Alters- und Hinterbliebenenversicherung einzuführen und zu einem späteren Zeitpunkt auch die Invalidenversicherung einzurichten. Die Finanzierung geschieht durch den Bund und durch die Kantone und soll u. a. aus den Tabakzöllen und der Besteuerung des Alkohols erfolgen.

Keine aktive Kolonialpolitik.

W.B. meldet: Das vom „Vorwärts“ wiedergegebene, angeblich in eingeweihten Kreisen Londons verbreitete Gerücht, daß die deutsche Regierung in London wegen der Erwerbung von Angola und Mosambique sondiere, entbehrt, wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, jeder Grundlage.

Die Studentenunruhen in Frankreich. Die Absehung des Rektors der juristischen Fakultät in Paris, Barthélemy, durch die Regierung Herriot wegen seiner Duldung der nationalistischen Rüpeltzen gegen den pazifistischen Völkerrechtler Scelle hat zu einer Solidaritätskundgebung fast aller anderen Professoren der Rechtsfakultät geführt, vor allem aber zu einer lebhaften Straßenagitation der vorwiegend rechtsgerichteten Studentenenschaft, nicht nur in Paris, sondern auch in anderen Universitätsstädten, Nancy, Rennes, Dijon, Strasbourg usw. Zum Teil sind die Studenten in Sympathiestreiks eingetreten.

Bahngeellschaft erspart außerdem im Winterhalbjahr eine große Zahl von Arbeitskräften in der Bahnunterhaltung, weil die diesen Dienstweg zu einem Saisonbetriebe umgestaltet hat, so daß jedesmal mit Beginn der kalten Jahreszeit Entlassungen in größerem Umfange möglich werden. Nach den amtlichen Ausweisen der Reichsbahngeellschaft wurden infolge dieser Maßnahme und durch die Reorganisation der Werkstätten vom Oktober bis Dezember 1924 mehr als 20 000 Arbeitskräfte entlassen!

Alle diese Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität des Gesamtbetriebes ergeben ungewöhnliche Ersparnisse. Einer Steigerung der Leistungen steht ein geringerer Aufwand an Arbeitskräften gegenüber — und dennoch behauptet die Reichsbahngeellschaft, daß die geringe Lohnerhöhung von 3 P. eine Erhöhung der Tarife nötig macht! Hier hat die Desinfektion ein Recht, zu fragen, auf welche Weise denn alle diese Ersparnisse perwirtschaltet werden, wenn nicht einmal ein so geringer Teil von ihnen dem Personal und der Konsumentenschaft zugute kommen kann? Wir müssen aber schon jetzt die Antwort, welche die Reichsbahngeellschaft sofort bei der Hand haben dürfte, als unzureichend ablehnen. Die Reichsbahngeellschaft wird erklären, daß das, was wir hier zu tadeln haben, Auswirkungen des Dames-Gutachtens und der Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn seien. Wir erinnern daran, daß das Gutachten allerdings eine Herabsetzung des Personalsandes der Reichsbahn für notwendig erachtete, aber auch damit gerechnet hat, daß die Entlassungen keine Geldersparnis bedeuten würden, da es annahm, daß die von dem Gutachten als notwendig anerkannte Erhöhung der Bezüge die Personalverminderung „mehr als ausgleichen“ würde. Es ist doch nicht anzunehmen, daß die Verfasser des Gutachtens dabei nur an die Erhöhung der Bezüge der oberen Beamten gedacht haben, für welche Mittel allerdings ohne Tariserhöhungen in reichlichem Maße vorhanden waren.

Nun aber ist die Reichsbahngeellschaft bei ihrer Tarifgestaltung an die Zustimmung der Reichsregierung gebunden, und dadurch erhält auch der Reichstag die Möglichkeit, Rechenschaft zu fordern über die Ursachen, die der Erhöhung der Tarife zugrunde liegen, und dabei hinzuzuleuchten in diese sonderbare Wirtschaft der Reichsbahn, die auf der einen Seite mit Tarifersparnissen prunkt und auf der anderen Seite mit Tarifserhöhungen droht, wenn es sich darum handelt, das arg mißhandelte Personal für seinen aufopferungsvollen Dienst einigermaßen anständig zu bezahlen und von Dienstzeiten Abstand zu nehmen, die bei dauernder Belbehaltung zu einer Gefahr für die Verkehrssicherheit werden müssen. Die Reichsbahngeellschaft, in deren Leitung keine kapitalistische Interessen starken Einfluß haben, ist ein Monopolbetrieb, wie er im Buche steht. Die Gesellschaft hat es in der Hand, der Allgemeinheit die Preise vorzuschreiben, denn es gibt keine Konkurrenz, die einer solchen Ausbeutung der Konsumenten Grenzen setzen könnte. Um eine solche Ausbeutung zu verhindern, hat sich die Reichsregierung das Recht vorbehalten, die Tarifgebardung der Reichsbahn zu überwachen, und die Pflicht des Reichstags ist es nun, dafür zu sorgen, daß von diesem Recht in der ernsthaftesten Weise Gebrauch gemacht wird.

Was wird mit Jarres?

Man möchte ihn gern wieder in die Gde stellen.

Die Grippe grassiert in Deutschland. Auch Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres aus Duisburg ist an ihr erkrankt. Je glänzender sein Siegeszug vor den Wahlen durch Deutschland verlief, desto beunruhigender wurden die Nachrichten über die Krankheit des Reichsblockkandidaten.

Zwar wird jetzt berichtet, daß sich der Zustand gebessert habe. Es gibt auch noch unentwegte Männer, die an Jarres festhalten. Da ist der Vorstand der Deutschen Volkspartei, der

gestern noch einstimmig beschloß, an der Kandidatur Jarres festzuhalten. Aber außerhalb der Reihen dieser Getreuen scheint es andere zu geben, die Herrn Dr. Jarres weniger hold sind. Wenigstens lesen wir in der „Deutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Quertreibereien gegen die Kandidatur Jarres“ eine heftige Polemik gegen die „Berliner Börsen-Zeitung“, die gegenüber einer Vorkandidatur Jarres eine „Rechts-einigungs-kandidatur Gehler“ fordert:

„Es ist dies bekanntlich der alte Plan des Kreises um Frau v. Oheimb, Fischbeck usw.: Die Linke zu schlagen, indem man einen von der Linken übernommenen Kandidaten mit den Stimmen der Rechten siegen läßt — in drohlicherem, aber zugleich auch richtigerem Deutlich also die Empfehlung der Methode, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.“

Offenbar richtet sich diese Polemik der tapferen „Deutschen Zeitung“ nicht nur gegen Zeitungsartikel der „Börsenzeitung“, sondern gegen sehr reale Bestrebungen einflussreicher Kreise des Reichsblocks. Bisher hat z. B. der „Tag“ für die Sozialdemokratie mit Vorliebe die Rolle des Wächters übernommen und uns klarzumachen versucht, daß wir doch unmöglich, schon von wegen des Klassenkampfes und anderer dem „Tag“ besonders heiliger Prinzipien für den Zentrumsmann Marx stimmen könnten. Heute entdeckt der „Tag“ auf einmal, daß „ein Sieg von Marx in einem solchen Wahlkampf auch nach Ansicht sehr maßgebender Zentrumsabgeordneter die völlige Herrschaft der Sozialdemokratie über das Zentrum bedeuten würde“. Ja, das wäre allerdings katastrophal und muß natürlich verhindert werden. Deswegen berichtet der „Tag“ weiter:

„Es haben gestern, ohne daß dazu ein Auftrag des Reichsblocks vorgelegen hätte, ganz unverbindliche Besprechungen mit Mitgliedern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und der Demokratischen Partei stattgefunden. In diesen Verhandlungen ist eine Geneigtheit des Zentrums zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit dem Reichsblock noch nicht festzustellen gewesen. In diesen unverbindlichen Verhandlungen ist auch wieder der Name Gehler genannt worden, obwohl eine Kandidatur Gehler aus Gründen, die schon im ersten Wahlgang maßgebend waren, für die überwiegende Mehrheit der im Reichsblock vertretenen Parteien und Verbände unmöglich ist. Selbstverständlich sind auf der anderen Seite für den Reichsblock Verhandlungen über eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur dann möglich, wenn das Zentrum die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie aufgibt.“

Diese Mitteilungen des „Tag“ werden von anderen Rechtsblättern, so vom „Lokal-Anzeiger“, bestätigt. Am aufschallendsten ist die Energie, mit der die „DZ.“ diesen Vorstoß unterläßt. Triumphierend spricht sie bereits von einer „Isolierung der Sozialdemokraten“ und erklärt, daß eine Einigung des Zentrums und der Sozialdemokratie ausgeschlossen sei und führt dann fort:

„Die Bayerische Volkspartei benutzte die Situation zu einem wichtigen Vorstoß zugunsten des Plans einer Sammelkandidatur Dr. Gehler, der auch bei den Demokraten den bei der Person Dr. Gehler selbstverständlichen Anklang fand und ebenso in weiter rechts stehenden Kreisen, wie schon früher, nicht unsympathisch aufgenommen wurde. Es fand eine Besprechung zwischen den Führern der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei statt, die ergab, daß der Plan noch immer keineswegs aussichtslos ist, wenn alle bürgerlichen Kreise sich seiner mit der wünschenswerten Energie und Selbstlosigkeit annehmen. Die Besprechungen werden ihren Fortgang nehmen. Von den übrigen bürgerlichen Parteien, die stets Vorkämpfer der Sammlungs-idee gewesen sind, liegen Anregungen ähnlicher Richtung vor.“

Als ein Teil dieser Entlastungsoffensive muß man offenbar die merkwürdige Befehung der Wirtschaftspartei in Preußen zur Weimarer Koalition betrachten. Heute ist die Wirtschaftspartei bereit, Severing als Innenminister, Braun als Finanzminister und sogar den tödlich gehähten Hirtleifer als Wohlfahrtsminister zu schaden und ein positives Vertrauensvotum auszusprechen. Einzige Bedingung

ist nur das Festhalten an Höpfer-Achhoff als Ministerpräsidenten. Das „Berliner Tageblatt“ charakterisiert den Zweck dieser Befehung vollkommen richtig:

„Hier setzt das Intrigenpiel der Rechten ein. Genau so, wie man von rechts her der Sozialdemokratie einzureden veruchte, ihr Prestige dulde es nicht, daß sie als die stärkste republikanische Partei für einen aus den Reihen des Zentrums stammenden Einheitskandidaten stimme, genau so sucht man jetzt den Demokraten die Meinung einzugeben, eine Ablehnung seitens Dr. Höpfer-Achhoffs sei mit dem Prestige der Demokratischen Partei unvereinbar. Die Tendenz dieser Einflüsterungen ist vollkommen klar. Man will die Demokraten in eine Oppositionsstellung gegen Zentrum und Sozialdemokratie hineinmanövrieren. Man will die Kandidatur Braun in Preußen hintertreiben und dadurch die Kandidatur Marx im Reich unmöglich machen.“

Genau so urteilt die „Germania“ über die Wirtschaftspartei. Sie spricht davon, daß die so plötzliche Bereitwilligkeit von den Regierungsparteien „mit dem größten Mißtrauen behandelt“ werden müsse und deutet zwischen den Zeilen den Zusammenhang zwischen dieser Befehung und den Bestrebungen, im Rechtsblock Jarres fallen zu lassen, an.

Das ganze Durcheinander heißt dann nachher in den Spalten der Rechtspresse „Verwirrung im Linkslager“, „Aushandel der Linken“ usw. Die „DZ.“ ist sogar so geschmacklos nach einem Bericht über die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum zu schreiben:

„Wie anders wirkt diesem Treiben gegenüber das Verhalten der Kreise, die sich frei von parteiischen Scheuklappen ihr staatsbürgerliches Denken und Pflichtbewußtsein noch bewahrt haben! Der Gedanke einer überparteiischen Kandidatur, der in diesem Lager die Politik bestimmt, wird in dem zweiten Wahlgang noch mehr als es am 29. März zum Ausdruck kam die Zustimmung in allen Volksschichten finden. Ohne Zweifel wird der wieder geäußerte Wunsch, einen Sammelkandidaten für das gesamte staatspolitische Volk auszusuchen, wie eine Befreiung von der müßigen Luft der Parteibanden begrüßt werden. Nicht zuletzt auch in den Reihen der demokratischen oder Zentrumsanhänger, deren Willen von den Geschäftshabern an der Spitze ebenso mißachtet wird, wie der Sinn der Verfassung und der Demokratie. Die Stunde für einen wahren staatsmännischen Entschluß ist sehr günstig; sie wird nicht ungenutzt vorübergehen dürfen.“

Rührend, wie die Stinnes-Jünglinge für Verfassung und Demokratie besorgt sind! Rührend, wie sie jede politische Geschäftsmacherei ablehnen! Wirklich, von der Großindustrie kommt uns das Heil!

Was hier versucht wird, ist nicht neu. Es ist hundertmal gescheitert und es wird auch diesmal scheitern. Herr Jarres kann beruhigt sein. Er wird am Ende doch noch wieder hervorgeholt, um mit und ohne Grippe am 26. April die verdiente Niederlage zu erleiden.

Das Ausland zur Präsidentenwahl. Ein holländisches Urteil.

Rotterdam, 2. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Leitartikel über die Wahl-niederlage der Rechtsparteien: Die Disziplin in der deutschen Sozialdemokratischen Partei hat alle Erwartungen übertraffen. Die deutsche sozialdemokratische Presse feiert mit Recht die bei den Wahlen abnormalen glänzenden in Erscheinung getretene Parteidisziplin als moralischen Erfolg. Diesem moralischen Erfolg wird bei den nächsten Wahlen der materielle Erfolg folgen. Die Sozialdemokratie kann einen moralischen Erfolg im wahren Sinne des Wortes buchen. Die Vorgeschichte hat ihr nicht den geringsten Abbruch getan. Der zur Kompromittierung der Sozialdemokratie aufgetauchte Standa ist von den Rechtsparteien zu plump und zu demagogisch behandelt worden, als daß ein ernster Mann auf die mit den Mitteln der moralischen Entrüstung arbeitende Aktion der sonst alle möglichen zweifelhaften Methoden bestimmt nicht scheuenden Reaktion hereingefallen wäre.

Bozener Frühling.

Von Walter G. Dschilewsky

Der Brenner, jetzt die Scheide zwischen Oesterreich und dem italienischen Tirol, liegt hinter uns. Auf dieser Höhe (1370 Meter) fiel noch Schnee, aber aus den Tälern, von Bozen und Bozen her, roch schon der Frühling. Als der Zug, der uns aus dem Gefängnis der Großstadt in eine an Dästen überreiche Landschaft bringen sollte, bergab rollte, wuchs an den bronzenen und schneeigen Kuppen der Alpen die Morgenrot. Der Wind, der im Norden aus dem Felsen springt, begleitete uns, von den Schneewässern gedrängt, schob er zu Tal; die Burgen Sprobenstein, Thurnburg, Weissenstein lagen wie Wälder auf den Kuppen. An der Franzensfeste fiel der erste blühende Baum in unsere Augen.

Und in Bozen, wo man die Alpen mit Sonnenuntergang und Nachtmist auf Postkarten kaufen kann und dafür 20 Cent bezahlen darf, war es schon warm, und als der Zug in Bozen ankam, schlug uns eine Welle wie dicker Saft von frischen Himbeeren entgegen. Die Luft konnte man saffen, es war, als griffe man in den schönsten und besten Elberfelder Samen.

Hier in Bozen, dem bedeutendsten Tiroler Handelsplatz, den die Wallener Bozjano nennen, der aber nicht verleugnen kann, daß er einst deutsch gewesen ist, zwischen dem Norden und Benedig, ist jetzt Frühling. Diese Stadt, die sich auch rühmen darf, dem größten Kinnelänger aller Zeiten, Walter von der Vogelweide, ein schönes Denkmal errichtet zu haben, liegt an dem Einfluß der aus dem Sarnetal kommenden Talsch in den Eisack. Bozen ist ein blühender Kessel, den der stahlblaue Himmel zwischen die eisbetränzten Berge schwingt. Durch die Eisackschlucht hindurch sieht man im Osten das metallene Gebirge der Dolomiten; im Norden liegen wie feurige Steine die Sarnetaler Berge aus rotem Porphyr.

Und in den Gärten blühen Pfirsich, Dulde und Apfel. Und vereinzelt schon Kastanie und Granat. Raum daß wir Bozen verlassen hatten, überfiel uns südwärts im Eisack ein roter Mandelregen. Unser Blut flog und quoll und war fast Sommer schon. Als wir uns dann müde niederließen und der Abend wie eine glühende Kuh zwischen den Bergen hing, träumten wir von der schönsten Narzissenblüte und von dem süßen Wind der Feige und Orange.

Womit sie unterhalten werden. Stand da dieser Tage ein Festmahl in der Mittagspause eines jener großen Zeitungs-konzerne, der die Dine seiner Leser nach bestimmten Rezepten mit bestimmten Dingen aß. Eine süße Heberschrift: „Der kleine Kavalier.“ In einem Restaurant spielt sie, einem Pariser natürlich, natürlich ist es entzückend. Denn was wäre in Paris nicht für den Spießer oder die Spießerin entzückend? Essen gibt es dort, Bardon, Speisen, na eben Paris. Mit graziösem Wurf schmeißt, Verdun, schmeißt dir der Koch die Spintenscheiben vom Silber-

wagen auf den Teller; aus großen Suppenterrinen kriegt du zentimeterdicke Würstchen, Gänseleberpastete (was —? Hast du noch nie gesehen? Mensch, du willst doch nicht etwa sterben, bevor du —?) Also Gänseleberpastete, soviel du willst und noch, und noch, und alles für eine Rentenmark. Jetzt haben nämlich die da drüben die Inflation. Ach so, nicht zu vergessen, Butter, so süß wie unglücklich, 1/2 Meter hoch. Die Verfasserin sagt: „von ungeheurer Süße“. Und dann geht weiter. Neben ihr sitzt ein blonder Knabe von etwa neun Jahren mit seiner aufgepumpten Mutter, Grande Kottotte. Er befreit wie ein Großer das Menü mit der „Wichtigkeit des erfahrenen Lebensmannes und Gourmets. Er verlangt warmen Hummer à l'Americain, dann Poulet im Lops, dazu erst weißen Bordeau, dann Selt.“ Und zum Schluß erzählt der lustigen gespannter Spießer, daß die Mama noch einen tierlichen Affen aus dem Pompadour holt, den sie vom Teller lecken läßt. Das erinnert einen verdammten Engländer ihr gegenüber, so daß der Kleine von seiner Schokolade weg in die Baba geschickt wird, um vielleicht morgen wieder mit Hausmeister über rüchthändigen Mietzins zu verhandeln. Kein Wort über das Himmelschreiende einer solchen Perspektive in unserer verrückten Gesellschaftsordnung. Nur das blanke Bergnügen strahlt durch, dabei gewesen zu sein, um diesen süßen kleinen Kanakler beschreiben zu können, wie er, einem erfahrenen Lebensmann gleich, usw. ... Und als das in der Tat Beträubendste dabei erscheint es uns, daß eine Frau, der doch Natur mütterlichstes und bestes Wesen gab, diesen Artikel in dieser Form veröffentlichen konnte. Aber, weiten, daß die Leser gerade dieses Teufelchen reizend fanden?

Das Thalia-Theater verucht mit redlichem Mühen und hattem Gelingen die Wege der Bühnen zu gehen, die mit übermäßigen Operetten einen Augen- und Ohrenschmaus bieten wollen. „Der blonde Engel“, eine Posse mit Musik von Richard Koffler für kleinbürgerlichen Geschmack machte einen bedenklich veralteten Eindruck, und die auf Draht gestellte Komik ist stellenweise an den Haaren herbeigezogen. Daß der Sohn durchaus die abgelegte Frau seines Stiefvaters heiraten will, wodurch der lockere Papa in die verzwicktesten Situationen kommt, so was ist auf den Bühnen schon so oft da gewesen, verfehlt aber auch hier nicht seinen Zweck, auf ein paar Stunden das Zwischweil zu erschüttern. Besonders wenn eine so routinierte Soubrette wie Ida Vané den fesseln blöden Engel spielt. Robert Winterbergs Musik bemengt sich auf der durchschnittlichen Linie, wie wir sie in einer volkstümlichen Posse gewöhnt sind. Ein paar lustige Walzer hatten den meisten Erfolg. Von den Darstellern brachte Alfred Väutner die Lacher auf seine Seite, und Herr Müller-Martin verblüffte ein wenig durch sein knedelndes Singen.

Die deutsche Naturschutzparkbewegung. Heilige Haine und geweihte Plätze gab es in uralten Zeiten, und man kann, wenn man will, in dieser frommen Schau vor der unberührten Natur das Vorbild jener Gedanken sehen, die in neuester Zeit zur Errichtung von Naturschutzparks geführt haben. Aber was damals aus unbewußter Frömmigkeit geschah, das wird heute durch das unaufrichtige Fortschreiten der Zivilisation zu einer bewußt geforderten Notwendigkeit. Überall in der Welt wird die freie Natur in ihrer jungfräulichen Schönheit verwüstet und verdrängt, und so ist man denn zuerst in

dem Lande, in dem am meisten Raubbau getrieben wurde, in den Vereinigten Staaten, dazu übergegangen, einzelne Schutzgebiete zu schaffen, in denen ebenso den mit Untergang bedrohten Menschen, den Indianern, wie der Tier- und Pflanzenwelt Zufluchtsstätten geschaffen wurden. Die Alte Welt ist diesem Beispiel gefolgt, und großartige Schutzparke sind verschiedentlich angelegt, so in der Schweiz und in Italien. Auch bei uns in Deutschland und im stammverwandten Oesterreich war kurz vor dem Kriege eine Naturschutzparkbewegung entstanden, über deren Ausbreitung L. von Stockmayer in der „Bergwelt“ berichtet. Der Vater des Gedankens war der bekannte Naturforscher Dr. Kurt Florids. Im Jahre 1909 trat er mit Gesinnungsgenossen zur Gründung eines Bundes zusammen. Es war äußerst schwierig, in unterm Vaterland, wo jedes Stück Erde gebraucht und der Wirtschaft nutzbar gemacht werden soll, einen solchen letzten Fleck Urnatur zu erhalten. Doch hat der Verein Naturschutzpark sich in der Bünchurger Heide ein Gebiet von 3000 Hektar gesichert, und in Oesterreich ist ein Park von 1140 Hektar im Salzburger Gebiet am Rodehang der hohen Tauern entstanden. In dem Jahrzehnt von 1909 bis 1914 nahm der Verein einen großen Aufschwung und umschloß Zehntausende von Mitgliedern. Der Krieg hat sein Wirken gehemmt, aber nicht erstickt, und heute hat er die Durchführung seiner Aufgaben wieder mit positiven Kräften aufgenommen. Es bleibt freilich noch viel Arbeit zu leisten, denn bisher kann nur in beschränktem Maße der Tier- und Pflanzenwelt der unbedingte Frieden gewährleistet werden. Doch ist erreicht, daß der Zauber der niederdeutschen Heide Landschaft und des Heide-maltes auch noch fernem Enten in aller Ursprünglichkeit sich offenbaren wird.

Eine Automobilstraße auf den Vesuv. Wie holländische Blätter berichten, soll der Plan, eine Automobilstraße auf den Vesuv zu bauen, nunmehr ernstlich in Angriff genommen werden. Man will damit weniger den Privatautomobilisten die Möglichkeit schaffen, auf den feuerpeinenden Berg zu gelangen, als durch Automobilbusse für die gewöhnlichen Reisenden eine bequemere Auffahrtsmöglichkeit bieten. Bisher ist eine Auffahrt auf den Vesuv nur durch die Bahn der Coal-Gesellschaft gegeben, deren hohe Preise schon lange Unzufriedenheit erregt haben. Ebenfalls wird über Ausbeutung der Reisenden, die den Berg zu Fuß besteigen wollen, geklagt.

Die Vorstellungen der „Segel am Horizont“ in der Volkshöhe mühten seinen technischen Vorbereitungen für den „Donner“ für einige Tage unterbrochen werden. Ihre nächste Aufführung findet am 14. statt.

Ein unbekanntes Hauptwerk Feuerbachs. Ein wunderbares Werk aus dem ersten Jahre des römischen Anwaltes von Anselm Feuerbach, das bis vor kurzem völlig unbekannt war, ist jetzt für Deutschland gesichtet worden und wird zum erstenmal im neuesten Heft des „Cicero“ abgedruckt. Es ist das Fortsetz der kleinen „Magna Res“, des schändlichen Abzuges in Rom, das Feuerbach selbst verächtlich als seine Arbeit erachtet, auf die er besonders stolz war. Das Bild wurde nun in der Familie der Dargestellten ausfindig gemacht.

National-eigentum. Der italienische Minister hat beschloß, die beschlagnahmte Villa des verstorbenen Grafen Ruffo, des Schwelgersohns von Richard Wagner, in der sich Wagner einquartiert hat, als National-eigentum zu erklären.

Gewerkschaftsbewegung

Gege die Tabaksteuer. Protest der Tabakarbeiter.

Die in der tabakverarbeitenden Industrie Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen protestierten gestern abend in den Sophienkassen gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der Tabaksteuer. Die Arbeiterschaft, besonders aus den Berliner Zigarettenbetrieben, war so zahlreich erschienen, daß auf dem Hof des Gebäudes eine Parallelsammlung abgehalten werden mußte und trotzdem noch Hunderte keinen Platz fanden. Genosse Deichmann aus Bremen, der Zentralvorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, führte in seinem Referat aus, daß sich bisher jede Erhöhung der Tabaksteuer in einem Rückgang des Verbrauchs bemerkbar gemacht hat, dessen Nachteile insbesondere die Arbeiterschaft der Tabakindustrie treffe. Die jetzigen Einnahmen aus der Tabaksteuer sollen

von 360 auf 750 Millionen gesteigert

werden; den Eingangszoll für Tabak will man von 30 auf 80 Mark für den Doppelzentner erhöhen. Angesichts solcher Erhöhungen muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Konsumenten diese Mehrbelastung tragen können. Da die Erhöhungen der Tabaksteuer, die selbstverständlich eine Erhöhung der Preise für Zigaretten, Zigaretten, Schupf- und Kautabak nach sich ziehen werden, in erster Linie den kleinen Mann treffen, so ist ganz naturgemäß mit einem starken Rückgang des Konsums zu rechnen. Die sich daraus ergebende Arbeitslosigkeit im tabakverarbeitenden Gewerbe wird dann wieder

vergrößerte Not und vertieftes Elend

zur Folge haben. An einem umfangreichen Zahlenmaterial konnte Genosse Deichmann diese Folgerungen bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein nachweisen. Die geringe Besserung der Arbeitsmarktlage im Gewerbe, die vor Weihnachten des vergangenen Jahres zu verzeichnen war, hat sich inzwischen schon wieder verschlechtert, so daß im Februar 1925 wiederum

37 Proz. der Tabakarbeiter arbeitslos

waren. Wie sich das Elend nach der geplanten Steuererhöhung gestalten wird, ist gar nicht auszumachen. Deichmann forderte, daß man dem Tabakgewerbe Ruhe lassen soll; dann wird sich ganz von selbst der Konsum und damit auch die Steuereinnahme heben. Die Tabakarbeiter fordern, daß sie jedenfalls mit allen für geeignete erscheinenden Mitteln gegen die Erhöhung der Tabaksteuer wehren. Unter dem Beifall der Versammlung forderte der Referent, daß die Regierung die bestehenden Preise steuerlich stärker heranziehen soll, wenn sie Mehreinnahmen braucht. Bei der arbeitenden Masse, besonders bei den Tabakarbeitern, ist nichts zu holen. Ihnen ist sowieso schon nur noch das trockene Brot geblieben; sie müssen sich ihrer Haut wehren. Mit einem Appell an die Versammelten, sich ausnahmslos in ihrer gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen, beendete Genosse Deichmann seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Höllein blieb es vorbehalten, durch seine rein agitatorisch eingestellte „Rebe“ einen Mißklang in die Versammlung zu bringen. Er mußte sich von Deichmann im Schlußwort lassen, daß die Tabakarbeiter die von Höllein geforderte außerparlamentarische Aktion zur Unterstützung ihrer Forderung bereits durchgeführt haben, indem sie diese glänzenden Demonstrationen veranstaltet haben. Es wurde schließlich eine Resolution im Sinne des einleitenden Referats einstimmig angenommen.

„Generalfreil“ der Töpfer.

Wie wir bereits in der Mittwochmorgenausgabe des „Vorwärts“ mitteilten, haben die im Baugewerksbund organisierten Töpfer und Ofenseher am Dienstag gegen 15 Stimmen den Streik beschlossen. Wie nicht anders zu erwarten war, ist Mittwoch morgen die Arbeitseinstellung sowohl auf den Bauten wie bei den Kleinmeistern einmütig erfolgt, ein Beweis dafür, daß die Töpfer es fast haben, sich von dem Unternehmertum fortwährend an der Nase herumführen zu lassen. Die syndikalistische Sonderorganisation hat mit ihrem Väterdugend Anhänger gestern in einer Versammlung den „Generalfreil“ für das Ofensehergewerbe beschlossen. Der Streik gehorcht, nicht dem eigenen Triebe, mußten die Syndikalisten sich wohl oder übel dem Vorgehen der Baugewerksbündler anschließen, wollten sie nicht den letzten Kredit unter ihren Berufsgenossen verlieren. Daß sie es nicht unter einem Generalfreil tun würden, war schließlich bei ihrer Einstellung vorauszusehen. Nicht aber, daß sie es mit der Beendigung dieses „Generalfreils“ so fürchterlich eilig haben und sofort eine Kommission einsetzten, die beim Baugewerksbund vorstellig wurde und sofortige Verhandlungen mit den Unternehmern verlangte. Sie hätten sich diese Blamage sparen können. Bei ruhiger Überlegung hätten die Sonderbündler sich sagen müssen, daß der Baugewerksbund keine Veranlassung hat, den Unternehmern nachzulaufen, nachdem diese alle Verhandlungsmöglichkeiten abgebrochen hatten. Selbstverständlich wird der Baugewerksbund sich weder von den Maßnahmen der Unternehmer, noch von den Dummheiten der Syndikalisten irgendwie in seinen Absichten beeinflussen lassen. Die Töpfer haben eine viel zu lange gewerkschaftliche Erfahrung und Schulung hinter sich, als daß sie nicht wüßten, was sie zu tun und zu lassen haben. Der Streik geht natürlich in voller Schärfe weiter.

Lohnabbau in der Film-Industrie.

Von der Filmgewerkschaft wird uns geschrieben: Die Unternehmer der Filmindustrie glauben jetzt die Zeit gekommen, um einen Lohnabbau auf der ganzen Linie durchzuführen. So sind im Zoo-Atelier 120 Kollegen gekündigt und entlassen worden, um eine Lohnkürzung von 28 Pfennig pro Stunde durchzuführen. Auch in anderen Filmateliers, so in einem Weissenfelder Atelier, sind ebenfalls Massenentlassungen ausgesprochen worden, um auch hier Lohnabbau bis zu rund 20 Pfennig pro Stunde vorzunehmen. Die Belegschaft vom Zoo-Atelier ist in den Abwehrkampf gegen diese Verschlechterung eingetreten. Es werden daher alle Arbeiter ersucht, den in dem Kampf stehenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. Da dieses Vorgehen wahrscheinlich auch in anderen Filmateliers eintreten wird, warnen wir bis auf weiteres vor Arbeitsannahme in den Groß-Berliner Filmateliers.

Gewerkschafts-Unterkommission Wilmersdorf.

Die Gewerkschaftsunterkommission des 9. Verwaltungsbezirks (Wilmersdorf) trat am 26. März zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Der Obmann berichtete über das verfloßene Geschäftsjahr und gedachte dabei in warmen Worten des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Redner schilderte das segensreiche Wirken des Genossen Ebert für das gesamte schaffende Volk. Bei dem Ruf für den verstorbenen Reichspräsidenten hatten sich die Kollegen spontan von den Plätzen erhoben, nur zwei Kollegen glaubten, diesbezüglich der Rostauer Parole folgend, sich von dieser Ehrung ausschließen zu müssen. Dieses bedauerliche Verhalten führte zu einer ziemlich heftigen Debatte, in welcher scharf mit der Rostauer Richtung abgerechnet wurde.

In den Arbeitsausschuss der Kommission wurden gewählt der frühere Obmann, Kollege Schiemenz vom Deutschen Musikerverband, als Stellvertreter Kollege Scherer vom Verkehrsband, als Schriftführer Kollege Hunger vom Verkehrsband und als Bei-

sitzer die Kollegen Goldberg vom Verkehrsband und Herramp vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.

Gelbe Gründung in Rheinland-Westfalen.

Nach einem Bericht, den die schweizerische Telegraphen-Union verbreitete, wurde am 21. März in Berlin ein Verband Rheinisch-Westfälischer Arbeitervereine und Bergsgemeinschaften gegründet. Dieser Verband, der erst noch geschaffen werden soll, der Versuch ist schon beinahe, „verwirrt“ den gewerkschaftlichen Klassenkampf, ist Gegner aller gewerkschaftlichen Gruppen von links bis rechts und vertritt den Standpunkt, daß nur auf dem Boden der Bergsgemeinschaft sowohl in sozialpolitischer wie in wirtschaftlicher Beziehung für die Arbeiterschaft Ersprießliches geleistet werden kann“. Der Ausschuss, der aus zwei Einwohnern in Gelsenkirchen und einem in Dortmund besteht, soll eine Tagung zusammenberufen, um den sogenannten Verband auszubauen. Man wird sich diese Gesellschaft etwas näher ansehen müssen.

Thälmann-Legende.

Vom Vorstand des Verkehrsbandes wird uns geschrieben: In der Nr. 72 der „Roten Fahne“ vom 29. März wird unter der Überschrift „Gewerkschaftler, wäht!“ die auch im „Vorwärts“ wiedergegebene Mitteilung, Thälmann habe 1919 auf dem Stuttgarter Verbandstag der Transportarbeiter seinen Freunden gegenüber erklärt, er fühle sich unfähig, die Arbeiten eines Verbandsvorsitzenden zu leisten, als Schwindel abgetan. Die Wahrheit soll nach der „Roten Fahne“ so aussehen:

Die reformistischen Bureaucraten boten Thälmann einen bezahlten Verbandsposten unter der Bedingung an, daß er seine Opposition aufhebe und zu den Reformisten abschwänke. Demgegenüber stellen wir fest, daß Thälmann ein verantwortlicher Funktionär des Deutschen Verkehrsbandes niemals weder anlässlich des Verbandstages noch später an Thälmann ein derartiges Anjinnen gestellt hat.

Das vorstehende Zitat aus der „Roten Fahne“ ist — soweit es im Druck besonders hervorgehoben — nicht vollständig. Der folgende Satz lautet: „Denn Thälmann war und ist kein Ebert, kein Braun, er ließ sich nicht kaufen.“ Das eben ist es, was seine Kandidatur so sinn- und zwecklos erscheinen ließ, daß Thälmann mit Ebert und Braun nur die eine Eigenschaft gemeinsam haben soll, sich nicht kaufen zu lassen. Da Millionen sozialdemokratischer Arbeiter sich nicht kaufen lassen, kann die „Rote Fahne“ ihren Kandidaten damit nicht besonders empfehlen. Ganz abgesehen davon, daß mancher sich mir deshalb nicht kaufen ließ, weil keiner ihm etwas dafür geben wollte.

Die Bergarbeiter in Charleroi mit Aussperrung bedroht.

Brüssel, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiter verschiedener Hüttenwerke des Hennegau hatten die Ankündigung der Hüttenbesitzer, vom 15. April ab die Löhne um 10 Proz. zu kürzen, mit einer Streikdrohung beantwortet. Daraufhin beschloßen die Hüttenindustriellen am 1. April die allgemeine Aussperrung im Bezirk Charleroi vom 16. April ab.

Die Arbeitsmarktlage in Oesterreich hat sich jetzt ebenfalls etwas gebessert. Nach dem letzten Bericht des Arbeitsministeriums ist zum ersten Mal ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 10 Proz. festzustellen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Salfer; Neuigkeiten: Dr. John Schlemmer; Sozial- und Sonstiges: Fritz Ruppert; Anzeigen: Th. Glöck; (ämtlich in Berlin). Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Zeitungsverlag Paul Singer u. Co., Berlin G. 28, Lindenstraße 2.

Bouretstoffe in hellen Modellen, ca. 100 cm breit, 1.95 Mtr.

Vollvoile bedruckt, neue Muster, ca. 110 cm breit, 1.75 Mtr.

Waschcrep weißgründig mit farbigen Streifen, 95 Pf.

Ein charakteristisches Merkmal

in der allgemeinen Preisbewegung sind unsere unübertroffenen billigen Preise!!!

Kleiderstreifen markante Muster, 1.45 Mtr.

Kleiderkaros neue Blockmuster, 1.25 Mtr.

Kleiderschotten in neuester Musterung, 2.45 Mtr.

Damen-Konfektion

Frühjahrs-Mäntel aus pr. Noppenstoffe, 2-reihig, Herrenform, 18.25, 14.50, 12.75 **9.75**

Frühjahrs-Mäntel solide Tuchqualität, hellen Sommerfarben, 33.00, 29.00, 23.50 **19.50**

Frühjahrs-Mäntel in gezwirnten u. tuchartigen Covercoat, 22.75, 19.75, 14.75 **12.75**

Frühjahrs-Kleider reinwoil. Kammgarn, modernst. Machart, 19.50, 17.50, 15.75 **11.75**

Frühjahrs-Kleider aus prima Gardine, mit Stickerei, 29.50, 27.50, 22.50 **14.50**

Trikot-Kleider in Kunstseide, einfarbig und gemustert, 19.50, 13.75 **9.75**

Mädchen-Kleider mit lang. Ärmeln, aus reinwollenem Cheviot, 11.50, 9.75 **7.45**

Kinder-Kleider aus prima Cheviot, m. Miederstickerei, Gr. 55 60 65 70 75 80 85 90, 8.00 9.89 10.00 11.00 12.00 13.00 14.00 15.00

Kinder-Kleidchen in reizender Machart, aus Kunstseide, Trikot, für das Alter 2-4 Jahre, 3.95 **3.95**

Kleider-Röcke aus gestreiftem u. kariertem Donegal, 6.50, 4.95, 3.95 **2.95**

Kleider-Röcke aus gestreifter Gardine, 11.75 **8.45**

Kasaken aus Kunstseide, mit gebatikter Garnitur, 14.75, 8.50, 6.75 **3.95**

Damen-Hüte

Kleidsamer Hut liseritm. Bandgarn, 4.75, 3.95 **2.95**

Glocken-Hüte mit Band u. Blumen-garnitur, 9.75, 7.45 **5.75**

Trotteur-Hüte mit Band u. Rosette, 8.45, 6.45 **5.75**

Frauen-Hüte Lisere m. Seidenkopf, 12.45, 9.75 **6.25**

1 Gelegenheitsposten

Eleg. Damen-Hüte in Lisere, Tagal, Picot und anderen Geflechten, durchweg **7.75**

Leibwäsche

Stickerei-Untertailen in pa. Aus-führung, 1.95, 1.75, 1.45 **95 Pf.**

Untertailen aus feinem Wäschestoff mit Stickereieinsatz, 3.75, 2.95, 2.60 **1.95**

Damenhemden m. Träger u. Sticker, 3.45, 2.95, 2.25 **1.95**

Damenbeinkleider m. reich. Sticker, 2.45, 2.95, 2.45 **1.95**

Nachthemden aus solid. Wäschetuch m. Stick, 7.75, 5.95 4.50 **3.95**

Prinzebröcke aus Renforcé m. Stick, 6.75, 5.85, 3.95 **2.90**

Gardinen

Schelb.-Gardinen gewebt Tüll, Mtr. 95, 75, 55 **48 Pf.**

Tüllgardinen große Breite, Mtr. 1.45, 1.20, 0.95 **88 Pf.**

Künstl.-Garnit. gewebt Tüll, Mtr. 9.50, 7.50, 6.45 **4.90**

Etamin-Garnituren bunt brochiert, 19.50, 14.50, 9.50 **7.90**

Halbstores Etamine mit Volant, 6.75, 5.25, 3.90 **2.90**

Bettdecken gewebt Tüll, 2bettig, 16.50, 13.95, 12.50 **10.50**

Teppiche

Perser Imitation in lebhaft. Mustern
Gr. 130/190 170/240 200/300
16.50 24.50 34.50

Linoleum-Teppiche gemustert, mit kleinen Fehlern
Gr. 150/200 200/250 200/300
8.90 14.75 17.90

Brücken Perser Imitation 90/180 **9.75**

Vorlagen Boucle imitiert 3.25, 2.90 Perser imitiert 4.50, 2.45

Linoleum-Läufer mit Borde oder gemustert, 90 cm Breite 67 cm Breite, 3.45 2.60

Linoleum gemustert, 200 cm breit **2.95**

Baumwollwaren

Hemdenstoffe ungebl., 80 cm br., erprobte Qualitäten, Mtr. 85, 75, 65 **55 Pf.**

Renforcé erprobte Gebrauchsqualitäten, 80 cm breit, Mtr. 1.20, 1.10, 95 **85 Pf.**

Bettlakenstoffe ungebl., unverwü-stlich im Gebrauch, ca. 140 cm br., Mtr. 1.75, 1.65 **1.45**

Bettlakenstoffe gebll., starkfädig pr. Stuhluch, ca. 135/140 cm br., Mtr. 2.65, 2.45 **1.95**

Bettwäsche

Bettlaken roh Nessel, prima Ware, gebrauchsfertig, Größe 140/200, 3.95 **2.95**

Bettlaken gebleicht, prima Haustuch, Größe 140/200, 6.75 **4.50**

Bettbezüge Deckbett-bezug Kissen-bezug, geblümt Cretone, 7.25 1.83, geblümt Cretone, 6.75 1.75

Das große Warenhaus des Nordens

Wilmersdorf

Swinemünder Straße 86

Edic Loringstraße

Gebüder, Aktien-Gesellschaft

Gerstenk. Handtuch ges. u. geb. 85 Pf. **65 Pf.**

Jacquard-Handtücher gesäumt u. geb. 1.65 **1.45**

Frottier-Handtücher 1.90 1.60 1.25 **95 Pf.**

Frottierlaken Gr. 80/0 100/100 125/140, 2.45 3.75 6.75

Tischtücher Jacquard Gr. 130/120 130/160, 4.45 6.45

Künstlerdecken gem. **1.65**

Gartendecken mit Saum **3.25**

Abenddecken Hanf-wahr **6.75**

Wischtücher halbiertes Gr. 60/60 gebrauchsfertig **85 Pf.**

Gläsertücher leinen Gr. 60/60 gebrauchsfertig **95 Pf.**